

18. Wahlperiode

---

## **Antrag**

der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

### **Wissenschaftliche Studie zur Erforschung der geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Corona-Pandemie für Berlin**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, eine wissenschaftliche Studie zu geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Corona-Pandemie für Berlin zu beauftragen.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. Oktober 2020 zu berichten.

### ***Begründung***

Die Corona-Krise macht deutlich, was jahrzehntelang schon von der Gleichstellungspolitik kritisiert wurde: Systemrelevante, besonders schlecht bezahlte und unterbesetzte Berufe werden überproportional von Frauen ausgeübt. Das betrifft beispielsweise die Pflege, die Erziehung, den Einzelhandel sowie die Reinigungsdienste. Erschwerend kommt hinzu, dass aufgrund des intensiven Kontakts mit Menschen die Ansteckungsgefahr in diesen Berufen extrem hoch ist.

Frauen sind, wie wir aus der Geschichte wissen, die Verliererinnen in gesellschaftlichen Krisen und Rezessionen. Wissenschaftliche Studien belegen, dass die sozialen und wirtschaftlichen Kosten für die Geschlechter durchaus ungleich sind. Das ergaben auch Untersuchungen zu Langzeitfolgen anderer Epidemien (u.a. SARS, Ebola, Zika). Durch schon vorhandene strukturelle Benachteiligungen sind Frauen von Härten und Einsparungen einer Krisenpolitik besonders betroffen. Auf ihren Schultern lastete schon vor der Krise und den Ausgangsbeschränkungen eine Mehrfachbelastung durch Arbeit, Kinderbetreuung und Haushalt. In Zeiten der Corona-Pandemie nehmen die Last, der Stress und die Existenzängste weiterhin enorm zu. Um die kurzfristigen und langfristigen Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die soziale und ökonomische Situation von Frauen in Berlin abschätzen zu können, wird schnellstmöglich ein begleitendes wissenschaftliches Forschungsprojekt benötigt. Erforscht werden soll,

wie sich die Situation von Frauen und Familien in Berlin verändert hat, welche Unterschiede die Betriebe in ihrer Personalpolitik machten, welche Gruppe von Frauen mit welchen Herausforderungen zu kämpfen haben und welcher politischen Maßnahmen es bedarf, um die durch die Pandemie (möglicherweise) entstandenen Nachteile auszugleichen.

Berlin, den 8. September 2020

Saleh      Çağlar  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
der SPD

Helm      Schatz      I. Schmidt  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
Die Linke

Kapek      Gebel      Kofbinger  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
Bündnis 90/Die Grünen